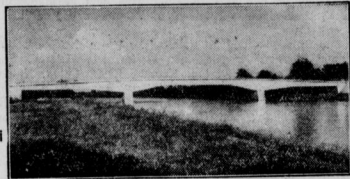
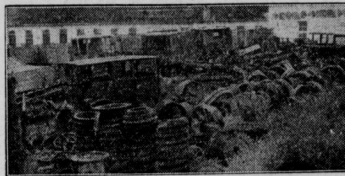


Volks-Zeitung



Die neue Danubiusbrücke in Stuttgart

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULR“



Der Auto-fabrikhof am Sachsendamm

2 MAL TÄGLICH = 60 FFG. WÖCHENTLICH

Stadtparlaments-Sitzung aufgefliegen Kaviar-Schmuggel aufgedeckt

Vernunft, nicht Experimente!

Reichstag am 13. Oktober

Der Präsident des Reichstags hat in einer gestern mit dem Reichskanzler abgehaltenen Besprechung vereinbart, dass der neugewählte Reichstag am Montag, 13. Oktober, zusammentreten soll.

A. K. Reichskanzler Brüning, der unter normalen Verhältnissen bereits am Tage nach der Wahl seine Demission hätte einreichen müssen, hat einen mächtigen Bundesgenossen: die deutsche Not. Sie verbietet eine Krise zumindest in einem Augenblick, in dem über die Möglichkeiten ihrer Lösung noch völlige Unklarheit herrscht. Und sie macht eine sachliche Weiterarbeit zur Notwendigkeit. Damit ist nicht gesagt, dass die neuen Gesetze, insbesondere die Reichsfinanzreform, mit der die Reichsreform aufs engste verbunden ist, ins Blaue hinein konstruiert werden dürfen.

In der Umgebung des Reichskanzlers befinden sich Leute, die ihn auch nach seiner Wahlblamage als „starken Mann“ hinstellen, und gewisse Presseorgane drücken ihm bereits wieder, voreilig und unüberlegt, den Artikel 48 in die Hand. Der soll wieder helfen, wenn Herr Brüning für sein Sanierungsprogramm im Reichstag keine Mehrheit finden sollte. Wir wissen nicht, ob das mehr als ein Bluff ist. In jedem Falle möchten wir Herrn Brüning und seinen regierenden Freunden empfehlen, es sich nicht allzu leicht zu machen. Sie könnten sonst weitere unangenehme Überraschungen erleben.

Wir pflichten ihm bei, dass, da uns die Not auf den Nägeln brennt, an ihrer Bekämpfung weitergearbeitet werden muss. Aber der Reichskanzler wird nicht verlangen können, dass seine Rettungsvorschläge als der Gipfel der politischen Weisheit vom Reichstag unbeschoren akzeptiert werden. Er ist als Chef einer Minderheitsregierung auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, und er wird gut tun, mit denen beizeln Fühlung zu nehmen und ihre Wünsche für die kommenden Gesetze kennenzulernen, ohne deren Zustimmung er und sein Werk vor dem Reichstag nicht bestehen werden.

Staatspolitische Vernunft gebietet die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Wir nehmen an, auch die Partei des preussischen Ministerpräsidenten Braun wird nichts Unbilliges, nichts Unmögliches verlangen, schon weil sie die Preussenkoalition nicht unnötiger Belastung wird aussetzen wollen. Aber auch die Droschkenpartei des Kabinetts Brüning, die Konservativen, die Treviraner in einem Taxi zum Reichstag kutschieren kann, und mit ihr die Partei des Scharfmachers Scholz werden, nachdem ihre fragwürdigen Rezepte von den Volksmassen abgelehnt wurden, sich auf eine volkstümliche Gesetzgebung umstellen müssen. Der Mann auf der Strasse verlangt, dass man endlich auf ihn Rücksicht nimmt. Er verlangt das mit vollem Recht, und Gnade Gott der Regierung, die, nach diesem Wahlergebnis, wie bisher weiter wirtschaften wollte.

In der „Kreuzzeitung“ macht Graf Westarp, die Spitze der konservativen Fünf-Männer-Partei, Stimmung für eine Rechtsregierung mit Einschluss der Nationalsozialisten. Er meint, für die Grosse Koalition sei in diesem Reichstag kein Raum. Der Beweis dafür ist noch nicht erbracht. Wir hoffen vielmehr, diese Parteienkombination wird, auch wenn sich der volkspartei- und wirtschaftspartei-liche Interessentenhaufen vorläufig noch sträuben, schliesslich doch zustande kommen. Jedenfalls muss alles, restlos alles, seitens der Anhänger der Demokratie und des Par-

Neue Gesetzentwürfe für den neuen Reichstag / Das Arbeitsprogramm der 576 M. d. R.

Der neue Reichstag wird bei seinem Zusammentreten bereits eine Fülle von Gesetzentwürfen vorfinden, die der Erledigung harren. Dazu gehören vor allem die Reformentwürfe, die die Regierung Brüning noch vor den Wahlen fertiggestellt hat und die bereits den gesetzgebenden Körperschalten zugegangen sind. Es handelt sich dabei insbesondere um die Gesetzentwürfe über die Wahlreform und das Reichsverwaltungsgericht.

Sehr umfangreich werden auch die aus dem Reichsfinanzministerium kommenden Gesetze sein, von denen das Pensionskürzungsgesetz bereits vorliegt und vom Reichskabinett angenommen worden ist. Im besonderen wird eine Entscheidung über das Schicksal des Steuervereinheitlichungsgesetzes getroffen werden müssen, das schon seit Jahren im Reichstag liegt. Reichsfinanzminister Dietrich legt den grössten Wert darauf, den Reichshaushalt so bald wie möglich fertigzustellen.

Zu den neuen Gesetzentwürfen kommen dann noch diejenigen, die vom alten Reichstag nicht vollendet worden sind, die aber wieder aufgenommen werden müssen. Es wird eine Frage der nächsten politischen Verhandlungen sein, ob und wieweit die Notverordnungen in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben oder wieweit sie eine gesetzliche Grundlage erhalten

sollen. Für die Ausgestaltung der Osthilfe ist noch ein besonderer Gesetzentwurf notwendig. Der Reichstag wird weiter über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu entscheiden haben. Von sonstigen neuen Gesetzentwürfen wird sich der Reichstag befassen mit einem Pachtschutzgesetz, mit den Gesetzentwürfen über die Aufsicht der Privatversicherungen und mit der Aktienrechtsreform. Des weiteren muss entschieden werden, wie weit der neue Reichstag die Beschlüsse der früheren Reichstage im Hinblick auf die Strafrechtsreform übernehmen will.

Die Frage der Unterbringung der stark vergrösserten Zahl der Abgeordneten im Reichstag ist noch nicht geklärt. Umbauten sind, schon der Kürze der Zeit wegen, ausgeschlossen. Ein Hinblick auf die Verhältnisse praktischer Vorschlag geht dahin, die Schreibpulte vor den Sitzen zu entfernen — sie sind beispielsweise auch im englischen Unterhaus und im amerikanischen Repräsentantenhaus nicht vorhanden —, wodurch dann allerdings genügend Platz gewonnen würde. Von der Unterbringung von Abgeordneten auf der Tribüne hat man Abstand genommen.

Blutige Nazi-Siegesfeier

Zusammenstösse in Ulm — 13 Verletzte im Krankenhaus

AUGSBURG, 16. September.

In Ulm veranstalteten die Nationalsozialisten in ihrer Siegesfreude über die Wahlen einen Umzug durch die Stadt, bei dem es mit Sozialdemokraten zu blutigen Zusammenstössen kam. Der Führer der Nationalsozialisten, Dreher, wurde dabei schwer verletzt. Ferner trugen noch weitere zwölf Personen beider Parteien durch Stockhiebe Verletzungen davon, so dass fast sämtliche Verletzten dem Krankenhaus zugeführt werden mussten. Bei dem Krawall wurden die Schaufenterscheiben des sozialdemokratischen Organs „Donauwacht“ eingeschlagen. Die Hauptredaktionsleiter konnten verhaftet werden.

Nazikrach auch in Danzig

Der Führer aus der Partei ausgestossen

Die Auseinandersetzungen in der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei haben namentlich auch auf Danzig übergriffen. Nach einer Mitteilung der Gauleitung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei sind der Führer und Mitbegründer der Danziger Nationalsozialisten, Abgeordneter Hohnfeld, und weitere drei Parteifunktionäre aus der Partei ausgeschlossen worden. Der Danziger S. A.-Führer Bruno Fricke ist von seiner vorgesezten Dienststelle zur Durchführung eines beauftragten Untersuchungsverfahrens beurlaubt worden.

lamentarismus getan werden, um die Regierungsgewalt den das gegenwärtige System vertretenden Parteien zu sichern. Sollen sie versagen, sollte wieder einmal Partei- und Berufsgeizismus über die staatspolitischen Notwendigkeiten triumphieren, dann allerdings wird nichts anderes übrig bleiben, als eine Mehrheitsbildung auf der Rechten zu versuchen. Wir sind Demokraten genug, um die demokratischen Grundsätze nicht dann über Bord zu werfen, wenn sie uns einmal unbequem werden. Einstweilen ist die Situation erfreulicherweise aber nicht so, dass wir auch die Bitterkeit dieses Bekenntnisses zur Demokratie auskosten müssten.

Selbst der konservative Graf Westarp hat nämlich, trotz seiner Begönnerung einer Naziregierung, Zweifel, ob sich mit den Hitler-Leuten praktische Arbeit werde leisten lassen. Sie zur politischen Verantwortung zu erziehen, scheint uns jetzt jedoch nicht die geeignete Gelegenheit zu sein. So sehr der Reifall von fast 6 1/2 Millionen Wählern auf die nationalsozialistischen Phrasendrescher einen drastischen Aufklärungsunterricht wünschenswert erscheinen lässt, so wenig darf übersehen werden, dass das Volk einen zu hohen Preis für die Ent-

larvung der Nazi-Unverantwortlichkeit zahlen müsste. Wer nicht ebenso unverantwortlich denkt und handelt wie die Hochstapler des „Dritten Reiches“, muss dieses schlimme Experiment unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Gestern hat eine gemeinsame Beratung der Mitglieder des sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorstandes stattgefunden. Zu irgendeiner Beschlussfassung war keine Grundlage gegeben. Die Sozialdemokraten warten ab, bis man an sie herantritt.

Keine Regierung der Scharlatane

MÜNCHEN, 16. September.

Die „Augsburger Postzeitung“, das angesehenste Organ der Bayerischen Volkspartei, äussert sich zur Neubildung der Reichsregierung in folgenden fettgedruckten Sätzen: „Wie soll nun Deutschland regiert werden? Unter keinen Umständen dürfen die Zügel dem Radikalismus in die Hände gegeben werden. Eine Zuziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsbildung kann und darf unter gar keinen Umständen in Frage kommen. Man darf das Deutsche Reich nicht Scharlatanen ausliefern, auch nicht, wenn sie einmal im Wahlkampf Erfolg hatten.“

